

Nach Graz-Amoklauf: Regierung plant drastische Waffengesetze!

Bundespräsident Van der Bellen fordert nach dem Amoklauf in Graz strengere Waffengesetze. Maßnahmen und Reaktionen im Überblick.



Graz, Österreich - Der Amoklauf an einer Schule in Graz hat Österreich erschüttert und erneut die Debatte über das Waffengesetz entfacht. Bundespräsident Alexander Van der Bellen fordert in diesem Zusammenhang eine dringende Verschärfung der Waffengesetze. Der Vorfall, bei dem 11 Menschen, darunter 10 Unschuldige, getötet wurden, hat die Bundesregierung dazu veranlasst, umfassende Maßnahmen zur Regulierung des Waffenbesitzes zu prüfen. Diese Schritte werden in einer staatlichen Trauerzeit von drei Tagen diskutiert, die am Donnerstagabend mit einem Gedenkgottesdienst im Wiener Stephansdom endet. Van der Bellen und die Regierung werden bei diesem Gottesdienst anwesend sein, um der Opfer zu gedenken und auf die notwendige Reform der

Waffenrichtlinien hinzuweisen, wie **Krone** berichtet.

Der Amokläufer, ein 21-jähriger Österreicher, hatte legal eine Glock-Pistole und eine Schrotflinte erworben. Eine der Waffen war erst wenige Tage vor der Tat gekauft worden. Trotz eines durchgefallenen psychologischen Tests des Bundesheeres, der angeblich nicht ausreichend war, um ihn von der Erlangung einer Waffenbesitzkarte abzuhalten, konnte er die Waffe legal erwerben. Um eine Waffenbesitzkarte in Österreich zu erhalten, müssen Antragsteller allerdings ein psychologisches Gutachten vorlegen, eine Schulung im Umgang mit Waffen absolvieren und eine plausible Begründung für den Waffenerwerb angeben, so **t-online**.

Reaktionen und Forderungen nach Reformen

In der Folge haben sowohl die Grazer Bürgermeisterin Elke Kahr von der KPÖ als auch die Grünen ein generelles Waffenverbot gefordert, während die FPÖ eine Verschärfung der Gesetze ablehnt und argumentiert, dass es keinen klaren Nachweis über mehr Sicherheit durch striktere Regeln gibt. Der Nationale Sicherheitsrat hat bereits eine Analyse der Ereignisse in Graz durchgeführt und mögliche Maßnahmen besprochen, die unter anderem die Anhebung der Altersgrenze für den Erwerb von Langwaffen sowie die Einführung weiterer psychologischer Tests umfassen könnten. Derzeit ist ein psychologisches Gutachten nur erforderlich, um eine Waffenbesitzkarte zu erhalten, was laut Experten wie der Wiener Psychiaterin Jutta Leth nicht ausreichend ist, um psychisch gestörte oder gefährliche Personen herauszufiltern, wie **Die Presse** berichtet.

Diese Diskussion über strengere Tests wird durch die Tatsache verstärkt, dass Österreich im internationalen Vergleich relativ niedrige Hürden für den Besitz von Faustfeuerwaffen aufweist. Bisher erlauben die Gesetze den Erwerb bestimmter Gewehre durch EU-Bürger ab 18 Jahren ohne besondere Auflagen. Dennoch gibt es Bestrebungen, diese Maßnahmen zu

verschärfen. Der Waffenhändler Markus Schwaiger bezeichnete den Vorfall als „Super-Gau“ und hat die Notwendigkeit einer Reform der Waffengesetze unterstrichen.

Inmitten dieser unsicheren politischen Lage setzt die Regierung auch auf Einsparungen im Haushaltsbereich, während sich die Diskussion um die Waffengesetzgebung weiterhin zuspitzt. Die Tragödie in Graz hat das Bewusstsein für die Sicherheitslage und die Notwendigkeit, das Waffengesetz zu reformieren, schärfer hervorgehoben und wird die Diskussion über dieses Thema in den kommenden Wochen entscheidend beeinflussen.

Details	
Vorfall	Amoklauf
Ursache	psychologische Eignung, Waffengesetz
Ort	Graz, Österreich
Verletzte	11
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.krone.at• www.t-online.de• www.diepresse.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at